

28. Februar 2019

Wertschätzung und Anerkennung – damit Deutschland funktioniert

Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes gehen in die entscheidende Runde

Die Tarifverhandlungen des Öffentlichen Dienstes gehen am heutigen Donnerstag in Potsdam in die entscheidende Runde. Rund 3,3 Millionen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes werden in diesen Gesprächen von ihren Verbänden und Gewerkschaften vertreten.

„Die Gespräche verlaufen bislang zäh. Bei den Verantwortlichen in der Politik ist offensichtlich noch nicht angekommen, dass ein funktionsfähiger Staat nur mit einem starken Öffentlichen Dienst möglich ist!“ bewertet Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR) die Lage. „Der VDR als Fachgewerkschaft des dbb und tarifunion unterstützt alle vorliegenden Forderungen“, betont Böhm.

6 % mehr Einkommen, mindestens aber 200 Euro Unterstützung für Auszubildende und klare Perspektiven seien angesichts der Bedeutung und der umfassenden Aufgaben gerade angemessen. Die öffentlichen Arbeitgeber brauchen händierend mehr und vor allem gut ausgebildetes Personal in der Bildung, in der Pflege und im Bereich der Sicherheit. Vor allem im Bildungsbereich herrschten in einigen Bundesländern bereits jetzt schon unhaltbare Zustände. „Wir haben jetzt schon einen eklatanten Lehrkräftemangel. Die Schülerinnen und Schüler werden mancherorts von Leuten unterrichtet, die weder eine entsprechende Ausbildung oder Qualifikation vorweisen können. Eine zukunftsorientierte Nachwuchsgewinnung kann nur funktionieren, wenn der Staat die Arbeit seiner Mitarbeiter entsprechend wertschätzt und anerkennt. Stattdessen werden die Beschäftigten und Beamten zunehmend mit mehr Aufgaben konfrontiert und von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt“, erobst sich der Bundesvorsitzende.

Zusammen mit Ulrich Gräler, dem Tarifverantwortlichen im VDR ist Böhm in seiner Funktion als stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb in Potsdam vor Ort. „Eine starke öffentliche Bildung, die zur Stabilität unserer Demokratie und wirtschaftlichen Stärke unseres Landes notwendig ist, funktioniert schließlich nur mit einem starken öffentlichen Dienst!“ schließt Jürgen Böhm.

Die Kernforderungen des Deutschen Beamtenbunds (dbb und tarifunion):

Der öffentliche Dienst fordert 6 Prozent mehr Einkommen, mindestens 200 Euro (Laufzeit: 12 Monate). Eine angemessene und zukunftsfähige Entgeltordnung für den TV-L. Die Erhöhung der Pfl egetabelle um 300 Euro. Ein Fahrplan für die Einführung der Paralleltabelle im Bereich der Lehrkräfte. Stufengleich Höhergruppierung. 100 Euro mehr für Auszubildende und unbefristete Übernahme.

Pressekontakt: Waltraud Erndl, Pressesprecherin VDR, erndl@vdr-bund.de, +49 (0)15201957242

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) – Verband der Lehrer und Lehrerinnen an Schulen im Sekundarbereich – ist der Dachverband der Lehrerverbände des Realschulwesens und verwandter Schulformen in den Bundesländern.

Er setzt sich für die Förderung und Weiterentwicklung eines vielfältig organisierten Schulwesens in der Sekundarstufe I ein und widmet vor allem der bildungspolitischen Mitte, also den Mittleren Bildungsgängen und Perspektiven sowohl für den beruflichen Einstieg wie auch für studienorientierte Bildungsabschlüsse seine besondere Aufmerksamkeit.

